



EU-Politik im Nahen Osten und die indirekte Finanzierung antisemitischer Terror-Attaken

Auszüge aus der Rede Ilka Schröders¹ zur Verleihung des Theodor-Lessing-Preises
für aufklärerisches Handeln am 25.09.2003 in Hannover

[...] Die EU betrachtet Gaza, Westbank und Ost-Jerusalem als Palästina, Israel hält den Status für völkerrechtlich ungeklärt, bis es einen endgültigen Friedensvertrag gibt. Die EU möchte Israel nun ihre Sicht aufzwingen, in dem sie Produkte aus den sog. „besetzten Gebieten“ und aus Ost-Jerusalem mit höheren Zöllen belegen will. Allerdings nicht alle Produkte. Die EU will nur jene Produkte aus diesen Gebieten, die von Juden produziert werden, mit höheren Zöllen belegen, [...]

[...] Der Gestus, mit dem Israel angeklagt wird, und zwar nicht nur der illegalen Einfuhr von Schnittlauch [und anderen Agrarprodukten] wegen, ist der des getäuschten Gutmütigen, der jetzt endgültig der Geduldsfaden gerissen ist. Man hat sich wirklich bemüht, Israel seine Existenz zu verzeihen. Aber dieser Staat will einfach nicht aus Dankbarkeit für dieses großzügige Entgegenkommen alle Waffen strecken und sich dem europäischen Protegé Arafat auf Gnade und Ungnade ergeben. Darum verlangt man im Europäischen Parlament, welches glücklicherweise wenig zu sagen hat, die Aufhebung des Assoziierungsabkommens. Die Kommission ist da gelassener, sie treibt Handel mit Israel und finanziert den palästinensischen Krieg.

[...] es sind nicht nur ein paar Vorder- und Hinterbänkler im sowieso recht unwichtigen Europäischen Parlament die gegen Israel hetzen; und Antizionismus ist auch nicht nur das Steckenpferd von Außenkommissar Christopher Patten. Das Wachsen des Antiamerikanismus und Antizionismus in Europa, die Zunahme antisemitischer Übergriffe in Europa zeigen, das wir es mit einem bedrohlichen Bündnis von offizieller Politik und Massenstimmung zu tun haben. [...]

Dass die Hilfen der Europäischen Union für die PA nicht ordentlich ausgegeben wurden, ist im Parlament und in der Kommission ein offenes Geheimnis. Trotzdem gab es viel Widerstand dagegen, einen Untersuchungsausschuss einzurichten. Das ist auch kein Wunder, wenn man sich die europäische Politik in diesem Bereich ansieht. Denn die EU ist bei diesem Krieg – und es ist ein Krieg gegen Israel, den die PA da führt – alles andere als ein neutraler Beobachter. Seit Beginn der 90er Jahre versucht die EU – basierend auf den hervorragenden Beziehungen, welche die BRD zu den meisten arabischen Ländern hatte und hat – in dieser Region eine Rolle zu spielen. [...] Die EU hat sich seit 1992 zur Schutzmacht der Palästinenser aufgeworfen. Dabei agiert die EU nicht nur als einheitlicher Staatenbund, auch verschiedene Mitgliedsländer tun sich hervor – auf der Ebene diplomatischer Unfreundlichkeiten gegen Israel wie durch die direkte Unterstützung palästinensischer Einrichtungen.

Nach außen hin erklären die Einrichtungen der Europäischen Union immer, dass sie – ganz ausgewogen – beide Seiten ermahnen würden, doch wieder Frieden miteinander zu halten. Doch wer die Resolutionen liest, wer die Politik der EU verfolgt, der weiß, dass dem nicht so ist. Man muss nur einmal im Foyer des EP die Ausstellungen über Israel und Palästina sehen, in denen Israel des Soziozids beschuldigt wird, und als Apartheid-Staat gebrandmarkt wirkt², um zu wissen, auf welcher Seite die EU steht. Während die israelische Seite immer wieder mit konkreten Forderungen konfrontiert und jeder Schritt Israels ausführlich kommentiert und kritisiert ist, wird von der PA immer nur abstrakt gefordert, alles mögliche gegen die Attentate zu tun. Man ist wirklich gegen Selbstmordattentate. Auch wenn sie von den Stellen, die man

mit Geld versorgt, in Auftrag gegeben werden. Verständnis hat man aber selber sehr viel, und darum kann man Zweifel daran haben, dass die EU-Offiziellen bei Treffen mit ihren Schützlingen von Hamas, Fatah und anderen Mörderbanden allzu lange auf dem Thema Selbstmordattentate insistierten. Während der letzten zwei Jahre (2000-2001) belief sich die tatsächlich gezahlte Gesamtsumme der EU-Hilfen in den palästinensischen Gebieten auf mindestens 330 Millionen Euro.

An einem besonders frappanten Beispiel möchte ich Ihnen zeigen, worin die EU-Politik besteht. Mit dem MEDA-Programms unterstützt die EU die Mittelmeer-Anrainer-Staaten. Dieses Programm wurde plötzlich wichtig, als kurze Zeit nach dem Ausbruch der Al-Aqsa-Intifada Israel beschloss, bestimmte Steuern und Abgaben, die Israel bis dahin für die PA eingezogen hatte, nicht weiter an die PA zu übermitteln, sondern einzufrieren. Die israelische Regierung begründete diesen Vertragsbruch damit, dass die PA mit ihren Geldern terroristische Aktivitäten gegen Israel unterstütze. In dieser Situation beschlossen die Europäer nicht, wie man vermuten möchte, der Sache auf den Grund zu gehen, und zu überprüfen, ob solche Vorwürfe an den Empfänger von so viel europäischem Geld begründet seien. Die Vorwürfe wurden vielmehr pauschal als „israelische Propaganda“ abgetan. Ende des Jahres 2000 wurde der Beschluss gefällt, der PA kurzfristig 90 Millionen € zusätzlich zur Verfügung zu stellen, allerdings unter Auflagen, unter anderem einer ordentlichen Kontrolle³. Wiewohl die PA erklärte, diese Forderungen einhalten zu wollen, geschah eher das Gegenteil. Das hielt die EU-Außenminister im Juni 2001 aber nicht davon ab, der PA fortlaufend 10 Millionen Euro pro Monat per direkter Budgetzahlung zur Verfügung gestellt. Diese Direktzahlungen belaufen sich auf mehr als 10% des gesamten Budgets der PA. [...] Und zwar als direkte Budgetunterstützung, d.h. als nicht-zweckgebundene, allgemeine Unterstützung.

[...] antisemitische Hetzartikel finden sich in regierungsnahen Zeitungen; antisemitische Statements werden von offiziellen Studentenverbänden und angesehenen Professoren auf nationalen, pan-arabischen und internationalen Konferenzen formuliert. Die ganze Verbreitung dieser Literatur wäre ohne die wohlwollende Unterstützung oder mindestens stillschweigende Duldung des jeweiligen Staatsapparates, als auch der PA gar nicht möglich. Auch die neuen Schulbücher, von der PA produziert und von verschiedenen europäischen Ländern finanziert, sind nicht frei von antisemitischen Klischees. [...]

Die EU als Staatenbund will die Internationalisierung des Konflikts, um den Bedarf nach ihrer Vermittlerrolle deutlich zu machen. Je länger und härter der Konflikt ausgetragen wird, umso deutlicher zeigt sich nach europäischer Lesart, dass die USA nicht in der Lage sind, den Friedensprozess zu moderieren. Daraus schlussfolgert die EU, dass beide Seiten einfach, des guten Onkels aus Europa mit seinen demokratischen und ökologischen Werten, seinem Sozialstaat und seiner Zivilgesellschaft bedürfen, um diesen Konflikt zu lösen. Wie gut für beide Seite, dass es Europa gibt, und wie schlecht für die Welt, dass die eine Seite, nämlich Israel, sich einfach eine Wild-West-Politik à la USA leistet. Der Bewusstseinszustand des durchschnittlichen Parlamentsmitglieds unterscheidet sich von dem durchschnittlichen Teilnehmer einer deutschen Friedensdemonstration nicht, und ich halte diese Mischung aus Naivität, Moralismus, Antiamerikanismus und Antizionismus für eine ernsthafte Gefahr.



Auch die Rolle der UNO ist in diesem Zusammenhang äußerst fragwürdig. Es ist nicht nur das UN-Flüchtlingshilfswerk für Palästinenser, das in trauter Zusammenarbeit mit den arabischen Staaten alles tut, um das Flüchtlingsproblem offen zu halten, und damit der PA ein Mittel in die Hand gibt, mit der Forderung nach einem „Rückkehrrecht“, jeden ernsthaften Friedensprozess zu verhindern. Schaut man sich die UN-Resolution an, die permanente einseitige Verurteilung Israels, den Ausschluss Israels von wichtigen UN-Gremien, die Ignoranz gegenüber den Handlungen und Taten der arabischen Staaten und der PA, der Parteinahme von UN-Institutionen für die PLO wie etwa mit dem weltweiten „Palästina Tag“, — dann kann man sagen, der Ton mag gemäßiger geworden sein, seit jener 1975er Resolution, die „Zionismus“, mit „Rassismus“ gleich setzt, der Geist ist derselbe geblieben. [...]

Will man der Verteidigung Israels gegen seine arabischen und palästinensischen Nachbarn die Legitimität streitig machen, ein Verteidigungskampf gegen ein antisemitisches-nationales Projekt zu sein, dann muss man Israel als den eigentlichen Aggressor darstellen, und versuchen die Leiden der Palästinenser und die Shoah zu parallelisieren. Das funktioniert bei nüchterner Analyse der Fakten nicht, und genau darin liegt m.E. das Geheimnis der Resistenz gegenüber den Fakten. Man kann sich den Mund fusselig reden, Fakten um Fakten anhäufen, Argument um Argument anbringen - gegen den Beschluss, die Palästinenser als Opfer zu sehen, wird man nicht ankommen. Das sind die Grenzen der Aufklärung, auch aber nicht nur im Europäischen Parlament. [...]

Die größte Gefahr geht aber heute davon aus, dass das was als Globalisierungskritik, Anti-Amerikanismus und Antizionismus in den Köpfen von Millionen von Menschen spukt, zu einem von der europäischen Politik unterstützten und benutzten Common Sense wird.

Unvollständige Übersicht über Zahlungen in die Palästinensischen Autonomiegebiete und Flüchtlingslager

Erstellt vom Abgeordnetenbüro Ilka Schröder, Brüssel, April 2004. Für die Richtigkeit der verwandten Daten kann keine Verantwortung übernommen werden

Die Zahlen beruhen immer auf den eigenen Angaben der Geber. Grundsätzlich wird immer der Haushaltsansatz genannt, der teilweise erheblich von den tatsächlich abgerufenen Mitteln differiert. Wurden erheblich weniger Mittel abgerufen, räumt zumindest die EU dafür die Möglichkeit ein, im nächsten Jahr die bereit gestellten Mittel teilweise abzurufen. Wo unklar war, ob Zahlungen nicht eventuell an die PA oder das UNRWA gegangen sind, wurden diese nicht aufgeführt - die Zahlen sind auch so hoch genug.

Unterstützung der Palästinensischen Autonomiebehörde

2000-2003: im Rahmen des Osloer Abkommens:	187	Millionen € ⁴
2000-2003: MEDA (Mittelmeer-Anrainer-Staaten):	328	Millionen € ⁵
2000/2001: (dann eingestellt) GASP (z.B. Counter Terrorism):	3,4	Millionen € ⁶
GESAMT	518,4	Millionen €

Probleme: Angestellte müssen bis zu 15% Mitgliedsbeitrag für die Fatah-Partei abführen, die wiederum die Al-Aqsa-Brigaden unterhält. Auf der Gehaltsliste der PA stehen von Israel als Terroristen gesuchte Personen, Israel wirft den Polizei- und Sicherheitskräften vor Selbstmordattentäter auszubilden und auszurüsten. Die Bezahlungen findet laut Berichten des IWF teilweise in bar statt, sind also tendenziell unkontrollierbar. Laut Wall-Street-Journal vom 1. Dezember 2003: „at least 8% (\$ 135 million) of the PA's annual budget of \$ 1.08 billion is being spent by Arafat at his sole discretion. [...] And the report does not even take into account Arafat's control of 60% the security apparatus budget, leaving him with at least \$ 360 million per year to spend as he chooses. The report concludes in addition, \$ 900 million in PA revenues 'disappeared' between 1995-2000, and that the 2003 budget for Arafat's office, which totaled \$ 74 million, had \$ 34

million missing that were transferred by Arafat to pay unidentified 'organizations' and 'individuals.'" (Wall Street Journal, Dec. 11, 2003). Bis heute gibt es - trotz entsprechender Propagandalügen von Außenkommissars Patten - keine IWF-Kontrolle des Haushalts der PA.

Humanitäre Hilfe: UNRWA (UN-Hilfswerk für palästinensische Flüchtlinge)			
2000-2003	Europäische Union	244,4	Millionen US \$
2000-2003	EU-Mitgliedsstaaten	372,57	Millionen US \$
	(davon aus Deutschland:	25,7	Mio. €)
	GESAMT	616,97	Millionen US \$⁷

Dazu kommen Mittel von ECHO (Amt der Europäischen Gemeinschaft für Humanitäre Hilfe) von **97 Millionen €**, die teilweise an das UNRWA gingen, teilweise an andere Partner.

Probleme: Das Flüchtlingshilfswerk UNRWA sorgt in Zusammenarbeit mit den arabischen Staaten dafür, dass das 'Flüchtlingsproblem' offen bleibt. Das UNRWA muss sich auch Vorwürfe gefallen lassen, dass diese Camps mittlerweile eine Art Ausbildungslager für den antisemitischen Terrorkrieg gegen Israel geworden sind. Viele Selbstmordattentäter kamen aus diesen Flüchtlingslagern.⁸ In den Camps werden Waffen und Sprengstoffe in geheimen Laboratorien hergestellt, verschiedene antisemitische terroristische Organisation können sich in den Camps frei bewegen, Mitglieder rekrutieren und Selbstmordattentäter ausbilden. Es ist sogar vorgekommen, dass UNRWA-Krankswagen Selbstmordattentäter und Munition an den israelischen Checkpoints vorbeizuschmuggeln versucht haben.⁹ In den Flüchtlingslagern werden Plätze nach Selbstmordattentätern benannt. In den 250 Schulen im Westjordanland und im Gazastreifen, die von der UNRWA unterhalten werden, kommen auch Schulbücher zum Einsatz, die die Existenz Israels negieren und den Hass auf Israel und Juden propagieren.¹⁰ Auch Lebensmittelhilfen wurden teilweise von palästinensischen Stellen auf dem freien Markt verkauft; es ist unklar ob die Erlöse daraus in private Taschen oder die Kriegskasse der PA geflossen sind, oder beides.

Dazu kommen von der Weltbank für 2002 und 2003 insgesamt 1,2 Milliarden britische £.¹¹ Aus verschiedenen Zeitungsberichten ist zu ersehen, dass einzelne Mitgliedsstaaten der EU größere Summen an eigenständige Einheiten der PA gezahlt haben (wie z.B. die etwas ominöse „NSU“). Es war nicht möglich, unter anderem weil Schweden und die Niederlande Angaben darüber verweigern, festzustellen, wieviel Unterstützung einzelne Staaten z.B. für den Druck von Schulbüchern u.a. geleistet haben. Es ist aber bekannt geworden, dass u.a. die Rechtsanwältin, die die Klage gegen den Sicherheitszaun beim Internationalen Gerichtshof eingereicht haben, von europäischen Geldern, die zur Stärkung des Friedensprozesses gedacht waren, bezahlt wurden.¹² Andere Geldgeber waren vor allem die arabischen Länder, die zeitweise bis zu 55 Millionen US \$ monatlich zahlten. Es muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass die PA durch ihren Krieg auch erhebliche Einnahme-Ausfälle hatte (weniger Steuern, Einfrieren von Zöllen durch Israel usw.).

1 Ilka Schröder ist Abgeordnete des europäischen Parlaments

2 „...während man übrigens eine Ausstellung über den türkischen Völkermord an den Armeniern 1917 verboten hat, weil man befürchtete, sie sei zu kontrovers.“

3 http://europa.eu.int/comm/europeaid/reports/aidco_2000_annual_report_meda_en.pdf S. 76

4 Budgetlinie B7-4200.

5 Budgetlinie B7-4100 (MEDA)

6 Budgetlinie B8-012/3 (CFSP)

7 Homepage der UNRWA, <http://www.un.org/unrwa/finances>, 13.1.2004

8 S. „UNRWA's Relationship to the Palestinians“, Fact Sheet No. 3, The Prism Group, January 2003. www.theprismgroup.org.

9 S. „Israel accuses UNRWA of ignoring terrorism in Palestinian refugee camps...“ by Nathan Guttman, *Ha'aretz*, June 28, 2002; www.NahostFocus.de, December 11, 2002; „Israel sees U.N. camps as hotbeds of revolt...“ by Dina Shiloh, *San Francisco Chronicle*, May 19, 2002, www.sfgate.com.

10 S. „Israel accuses UNRWA of ignoring terrorism in Palestinian refugee camps...“ by Nathan Guttman, *Ha'aretz*, June 28, 2002; www.NahostFocus.de, December 11, 2002; „Israel sees U.N. camps as hotbeds of revolt...“ by Dina Shiloh, *San Francisco Chronicle*, May 19, 2002, www.sfgate.com.

11 *The Scotsman*, 29.2.2004

12 *The Wall Street Journal Europe*, 2. März 2004